

Freitag, 05. April 2024, Hersfelder Zeitung / Lokales

LESERMEINUNG

Vom Teufel geritten

Thema: CDU-Kritik an der Klima-Initiative Bad Hersfeld, HZ, 30. März.

Welcher Teufel hat die Mitglieder der CDU-Stadtverordnetenfraktion geritten, den ehrenwerten und ehrenamtlich tätigen Mitglieder der „Klima-Initiative Hersfeld und einer kleinen politischen Gruppe“ mit ihrer Pressemitteilung in populistischer und diffamierender Art eine „unrealistische Ideologie“ und Missachtung demokratischer Spielregeln vorzuwerfen?

Das ist angesichts der wissenschaftlich gesicherten, sich anbahnenden Klimakatastrophe blanke Ignoranz von Tatsachen. Dabei kann man den CDUlern Unwissenheit nicht vorwerfen, denn auf Initiative der jetzt gescholtenen Klima-Initiative wurden Grundsatz-Beschlüsse der Stadtverordneten zum Klimanotstand und zur Klimaneutralität gefasst, die auch von der CDU mitgetragen worden sind. Ihre PM widerspricht den Grundsätzen der von ihr gepriesenen „pluralen demokratischen Gesellschaftsform“, wenn sie Kritik an getroffenen Beschlüssen mit ihrer Maulkorbschelte unterbinden will.

In einer Demokratie ist das Volk der staatliche Souverän (die oberste Staatsgewalt) und die politischen Entscheidungen werden durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung gefällt. (...) Das scheinen die Mitglieder der CDU-Fraktion wohl vergessen zu haben. Demokratisch gefasste Beschlüsse werden selbstverständlich von der Klima-Initiative respektiert.

Das schließt aber nicht aus, dass diese kritisiert werden dürfen. Besonders dann nicht, wenn Grundsatzbeschlüsse der Stadtverordneten zur Klimaneutralität durch ihr nachfolgendes politisches (Nicht-)Handeln missachtet oder gar konterkariert werden. (...) Wenn grundlegende Entscheidungen zur Stadtentwicklung nur ungenügend oder sogar ohne Information und Teilnahme der Bürger stattfinden – wie zum Ausbau der Meisebacher Straße und Ersatzbau der Hochbrücke – und Vorschläge des Aktivbündnisses Waldhessen und des Lärmschutzbeirates in den Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung keine öffentliche, tief greifende Diskussion erfahren, dann ist es die demokratische Pflicht, dies zu kritisieren. Erst recht, wenn „Stadtverordnetenversammlungen nur ganze 21 Minuten dauern. Ei-

ne Sternstunde der Demokratie“ (HZ).

Nicht umsonst wird von Bundespräsident Steinmeier ehrenamtliches Engagement gelobt und eingefordert. Wenn die CDU-Fraktion dazu aufruft, „gemeinsam für eine Politik zu stehen, die die Bedürfnisse der Bürger respektieren, anstatt sie durch unrealistische Ideologien zu gängeln“, dann sollte sie rechtzeitig vor der nächsten Wahl aus ihrem politischen Wolkenkuckucksheim auf den Boden der Realität, der Fakten und der Wünsche der Bürger zurückkehren.

Dr. Joachim Dähn,

ehe. stellv. Vors.

Lärmschutzbeirat

Bad Hersfeld